

469737-2026 - Wettbewerb

**Deutschland – Bauarbeiten für Mehrfamilienhäuser und Einfamilienhäuser –
Generalunternehmerleistungen Innenausbau
OJ S 129/2026 08/07/2026
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Bauleistungen**

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Gewobag WB Wohnen in Berlin GmbH

E-Mail: einkauf@gewobag.de

Rechtsform des Erwerbers: Öffentliches Unternehmen

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Wohnungswesen und kommunale Einrichtungen

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Generalunternehmerleistungen Innenausbau

Beschreibung: Vergabeverfahren zum Abschluss eines Generalunternehmervertrages für Modernisierung und Instandsetzung des Innenausbau (Abbrucharbeiten, Bohrarbeiten, Mauerarbeiten, Betonarbeiten, Putz- und Stuckarbeiten, Fliesenarbeiten, Estricharbeiten, Bodenbelagarbeiten, Maler- und Lackierarbeiten, Tischlerarbeiten, Metallbauarbeiten, Trockenbauarbeiten, Dämmarbeiten, Raumluftechnische Anlagen, Heizanlagen und zentrale Wassererwärmungsanlagen, Gas-, Wasser- und Entwässerungsanlagen, Elektro-, Sicherheits- und Informationstechnische Anlagen)

Kennung des Verfahrens: 3aac1a03-2392-4e96-9661-ce01665e2b34

Interne Kennung: 098_2-26

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: ja

Begründung des beschleunigten Verfahrens: Die elektronische Übermittlung der Angebote gemäß § 10a EU Abs. 4 VOB/A EU wird akzeptiert.

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Bauleistungen

Haupteinstufung (cpv): 45211000 Bauarbeiten für Mehrfamilienhäuser und Einfamilienhäuser

Zusätzliche Einstufung (cpv): 45400000 Baufertigstellung

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Salchendorfer Weg 2

Stadt: Berlin

Postleitzahl: 13583

Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: a) Die auf der elektronisch angegebenen e-Vergabepattform abrufbaren Unterlagen sind zwingend zu verwenden. Interessierte Bieter werden gebeten, sich

auf der e-Vergabepattform als Bieter mit ihren Kontaktdaten registrieren zu lassen, damit sie gegebenenfalls über Antworten zu Bieterfragen und Klarstellungen informiert werden können. Sofern keine Registrierung erfolgt, haben sich die Bieter selbst auf der angegebenen e-Vergabepattform über etwaige Veränderungen im Verfahren zu informieren. b) Die Angebotsunterlagen sind auszufüllen und elektronisch auf der angegebenen e-Vergabepattform einzureichen. c) Fragen können bis zum 31.07.2026 über die e-Vergabepattform gestellt werden. Die Beantwortung erfolgt auf elektronischem Wege über die e-Vergabepattform; die Antworten werden aus Gründen der Gleichbehandlung und der Transparenz grundsätzlich allen Bietern anonymisiert zur Verfügung gestellt. Etwaige mündlich erteilte Auskünfte sind unverbindlich und stehen unter dem Vorbehalt der Bestätigung in Textform. Verbindlich und bindend für den Auftraggeber sind allein die von ihm über die e-Vergabepattform verschickten Mitteilungen in Textform. d) Bewerbergemeinschaften haben die bereitgestellte Bietergemeinschaftserklärung auszufüllen und einzureichen, wonach sie im Fall einer Auftragserteilung eine Arbeitsgemeinschaft mit gesamtschuldnerischer Haftung bilden und in der sie einen bevollmächtigten Vertreter benennen. e) Bieter, die sich hinsichtlich der Eignung auf die Kapazitäten anderer Unternehmen berufen, haben mit ihrem Angebot die bereitgestellte Verpflichtungserklärung dieser Unternehmen vorzulegen, wonach die für den Auftrag erforderlichen Mittel dem Bewerber tatsächlich zur Verfügung stehen f) Der Bewerber/die Bewerbergemeinschaft erklärt, dass • dass er/sie Artikel 5k der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 08.04.2022 zur Änderung der Verordnung (EU) 833/2014 zur Kenntnis genommen hat, erklärt, nicht von den Verbotstatbeständen betroffen zu sein, und bei der Ausführung des Auftrags zu beachten. Nach dieser Regelung ist es verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter die Artikel 7 und 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU und unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen: a) russische Staatsangehörige oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a) genannten Organisationen gehalten werden, oder c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a) oder b) genannten Organisationen handeln, auch solche, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfallen, Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Bestimmungen über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden (Eignungsleihe). Soweit der Bewerber/die Bewerbergemeinschaft von den Verbotstatbeständen betroffen sein sollte, ist er/sie verpflichtet, mit dem Angebot eine ausführliche Darlegung abzugeben, die es der Gewobag ermöglicht, über den Ausschluss aus dem Vergabeverfahren zu entscheiden.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vob-a-eu -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten Verpflichtungen: Es dürfen keine Ausschlussgründe gemäß §123 sowie §124 GWB vorliegen.

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: Generalunternehmerleistungen Innenausbau

Beschreibung: Vergabeverfahren zum Abschluss eines Generalunternehmervertrages für Modernisierung und Instandsetzung des Innenausbaus (Abbrucharbeiten, Bohrarbeiten, Mauerarbeiten, Betonarbeiten, Putz- und Stuckarbeiten, Fliesenarbeiten, Estricharbeiten, Bodenbelagarbeiten, Maler- und Lackierarbeiten, Tischlerarbeiten, Metallbauarbeiten, Trockenbauarbeiten, Dämmarbeiten, Raumluftechnische Anlagen, Heizanlagen und zentrale Wassererwärmungsanlagen, Gas-, Wasser- und Entwässerungsanlagen, Elektro-, Sicherheits- und Informationstechnische Anlagen)

Interne Kennung: 098_2-26

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Bauleistungen

Haupteinstufung (cpv): 45211000 Bauarbeiten für Mehrfamilienhäuser und Einfamilienhäuser

Zusätzliche Einstufung (cpv): 45400000 Baufertigstellung

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Salchendorfer Weg 2

Stadt: Berlin

Postleitzahl: 13583

Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 09/03/2027

Enddatum der Laufzeit: 24/01/2029

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

Zusätzliche Informationen: Für die hier ausgeschriebene Leistung Generalunternehmer

Innenausbau des Bauvorhabens wurde auf Grundlage der Kostenschätzung eine absolute Kostenobergrenze von 9.406.675,53 € (brutto) festgelegt, welche unbedingt einzuhalten ist.

Die Kostenobergrenze wurde ermittelt auf der Grundlage eines festgelegten

Investitionsbudgets. Dieses Investitionsbudget stellt die für das Bauvorhaben maximal zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel und damit die maximal zulässige Vergütung da, die für die zu vergebenen Ausführungsleistungen versprochen und ausgegeben werden kann und darf. Eine nachträgliche Budgeterhöhung oder anderweitige Darstellung fehlender finanzieller Mittel ist ausgeschlossen. Der Auftraggeber behält sich vor Angebote, die über der Kostenobergrenze liegen vom Vergabeverfahren auszuschließen.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: 1. Allgemeine Eigenerklärungen Der Bieter/bei Bietergemeinschaften der bevollmächtigte Vertreter für alle Mitglieder der Bietergemeinschaft erklärt, dass •er/sie alle rechtlichen Voraussetzungen für die Ausführung der angebotenen Leistung erfüllt/erfüllen, •über sein/ihr Vermögen weder das Insolvenzverfahren noch ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist, •er/sie sich nicht in Liquidation befindet /befinden, •er/sie im Rahmen seiner/ihrer beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfehlung begangen hat/haben, die seine/ihre Zuverlässigkeit als möglichen Erbringer der ausgeschriebenen Leistungen entfallen lassen würde, •er/sie seine/ihre Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie zur Entrichtung der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung nach den Rechtsvorschriften des Mitgliedsstaates des Auftraggebers ordnungsgemäß erfüllt hat/haben, •keine der Personen, deren Verhalten ihm/ihnen zuzurechnen ist, aus einem der in § 123 GWB genannten Gründe rechtskräftig verurteilt worden ist, •er folgende Regelungen nach dem BerlAVG zur Kenntnis genommen hat und sich für den Fall der Beauftragung mit den zu vergebenden Leistungen bei der Auftragsausführung (einschl. Einzelaufträgen) bereits jetzt verpflichtet, o Tariftreue/Mindeststundenentgelt: siehe 3. und 4. o unbeschadet etwaiger weitergehender Anforderungen nach § 128 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen bei der Auftragsdurchführung, die bundes- und landesrechtlichen Bestimmungen über allgemeine Benachteiligungsverbote, insbesondere das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, zu beachten, einen/ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit gleiches Entgelt zu zahlen.

Tarifvertragliche Regelungen bleiben davon unberührt, § 14 BerlAVG und •er/sie sich bewusst ist/sind, dass eine falsche Angabe den Ausschluss aus dem Bieterkreis zur Folge haben kann, •insbesondere die getätigten Angaben und Erklärungen zu den Eignungskriterien der Wahrheit entsprechen und •er/sie die Regelungen des Gesetzes zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (MiLoG), des Arbeitnehmerentsendegesetzes (AEntG) und des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) zur Kenntnis genommen hat/haben und weder die Voraussetzungen für einen Ausschluss nach § 19 Abs. 1 MiLoG noch die Voraussetzungen für einen Ausschluss nach § 21 Abs. 1 AEntG bzw. § 98c AufenthG vorliegen. •er/sie das Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung, das Gesetz zur Regelung der Arbeitnehmerüberlassung (AÜG), das Arbeitnehmer-Entsendegesetz, das Mindestlohngesetz, das Gesetz über den Nachweis der für ein Arbeitsverhältnis geltenden wesentlichen Bedingungen sowie die Bestimmungen des Sozialversicherungsrechts einhält. 2.

Eigenerklärung zu den Einzelnachweisen Liegen keine Eintragungen in dem ULV bzw. in der PQ-Liste vor, erklärt der Bieter/bei Bietergemein-schaften der bevollmächtigte Vertreter für alle Mitglieder der Bietergemeinschaft, dass alle Einzel-nachweise gem. BwB Ziffer 4 mit entsprechender Gültigkeit vorliegen. 3. Verpflichtung zur Zahlung bestimmter Mindeststundenentgelte und bestimmter tarifvertraglicher Entgelte 3.1 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, seinen für den Auftrag eingesetzten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern während der Ausführung dieses Auftrags die folgend benannten Mindest-stundenentgelte und /oder tarifvertraglichen Entgelte zu zahlen: 3.1.1 Es sind bei der Ausführung wenigstens diejenigen Entlohnungsregelungen einschließlich des Mindestentgelts zu gewähren, die nach dem Mindestlohngesetz, einem nach dem Tarifvertragsgesetz mit den Wirkungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes für allgemein-verbindlich erklärten Tarifvertrag oder einer nach § 7, § 7a oder § 11 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes oder einer nach § 3a des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes erlassenen Rechtsverordnung für die betreffende Leistung verbindlich vorgegeben werden, 3.1.2 Unabhängig vom Sitz des Betriebes und vom

Ort der Erbringung der Arbeitsleistung mindestens die Entlohnung (einschließlich der Überstundensätze) nach den Regelungen des Tarifvertrags, der im Land Berlin auf das entsprechende Gewerbe anwendbar ist; im Einzelnen werden die in der Anlage zu diesen Vertragsbedingungen aufgeführten Entlohnungsregelungen der beigefügten „Tarifbrochure (n) zum tariftreuepflichtigen Entgelt“ vereinbart, 3.1.3 Es ist den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern (ohne Auszubildende) bei der Ausführung des Auftrages mindestens das Mindestentgelt je Zeitstunde in Höhe von 14,84 Euro brutto zu entrichten. 3.2 Treffen den Auftragnehmer mehr als nur eine dieser Verpflichtungen nach 3.1.1, 3.1.2 und 3.1.3, so ist die für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer jeweils günstigste Regelung maßgeblich. 3.3 Die Verpflichtungen bestehen nicht, soweit die Leistungen im Ausland erbracht werden. 4. Übertragung der Verpflichtung auf die eingesetzte Unterauftragnehmerkette 4.1 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, seine Unterauftragnehmer und/oder Verleiher von Arbeitskräften zur Einhaltung der Verpflichtung nach der vorstehenden Nr. 1 zu verpflichten. 4.2 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, seine Unterauftragnehmer und/oder Verleiher von Arbeitskräften zu verpflichten, mit etwaigen Unterauftragnehmern eine Vereinbarung nach 2.1 zu treffen, so dass die Einhaltung der Vorgaben für die gesamte Unterauftragnehmerkette sichergestellt ist. 4.3 Ein Unterauftragnehmer und/oder Verleiher von Arbeitskräften ist zur Einhaltung der Vereinbarungen nicht zu verpflichten, wenn 4.3.1 der betreffende Unterauftrag vergaberechtsfrei im Sinne der §§ 107, 109, 116, 117, 137, 140 sowie 145 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen ist, 4.3.2 der Auftragnehmer bzw. der weitervergebende Unterauftragnehmer die Vertragsbedingungen des Unterauftragnehmers anerkennen muss, um die Leistung erfüllen zu können, 4.3.3 der betreffende Unterauftrag im Fall einer Liefer- oder Dienstleistung den Wert von

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Eignungskriteriums: Auszug aus GU-Vertrag: Der AN hat seine gesetzliche sowie die ihm nach der VOB obliegende und eine darüber hinaus vertraglich übernommene Haftpflicht ausreichend zu versichern, den Versicherungsschutz für die Dauer der Vertragsbeziehung aufrechtzuerhalten. Der räumliche Geltungsbereich der Haftpflichtversicherung muss das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland mit umfassen. Zur Sicherung etwaiger Ersatzansprüche des AG aus diesem Vertrag ist von dem AN eine Betriebshaftpflichtversicherung unter Einschluss einer Umwelthaftpflicht sowie des Umweltschaden-Risikos gemäß nachfolgenden Regelungen nachzuweisen und bis zur Beendigung des Vertrages aufrecht zu erhalten: • Deckungssumme für Personen- und Sachschäden sowie Verletzungen datenschutzrechtlicher Bestimmungen: 5.000 000,00 EUR • Deckungssumme für Vermögensschäden: 500 000,00 EUR Die Deckungssummen müssen für die Dauer des Versicherungsschutzes auf das Zweifache für alle Verstöße je Versicherungsjahr maximiert sein, das heißt der Versicherungsschutz muss mindestens für zwei Verstöße pro Versicherungsjahr jeweils in voller Höhe zur Verfügung stehen. Durch den AN wird dem AG der Abschluss dieser Vereinbarung binnen 10 Werktagen nach Vertragsunterzeichnung und vor Beginn der Leistungserbringung sowie die laufende Prämienzahlung unaufgefordert nachgewiesen. Der fehlende Nachweis berechtigt den AG zur Kündigung aus wichtigem Grund.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Spezifischer durchschnittlicher Jahresumsatz

Beschreibung des Eignungskriteriums: 1.1. Nachweis durch Erklärung über den durchschnittlichen Jahresumsatz innerhalb der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre (2023, 2024, 2025), über Leistungen, die mit den ausgeschriebenen Leistungen vergleichbar sind, unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Aufträgen. Der vorgenannte durchschnittliche Jahresumsatz muss dabei mindestens 17.000.000 EUR brutto betragen. *Hinweis: Angaben für 2022 nur, wenn das Geschäftsjahr 2025 noch nicht abgeschlossen ist, ansonsten Angaben für 2023 – 2025
Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung des Eignungskriteriums: 2.1. Auszug (Kopie) der Kammermitgliedschaft in einer Architektenkammer/ Bauvorlageberechtigung gemäß § 65 BauO Bln (Nachweis durch Kopievorlage)

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Eintragung in ein relevantes Berufsregister

Beschreibung des Eignungskriteriums: 2.2. Auszug (Kopie) aus dem Handelsregister bzw. Berufsregister, soweit der /die Bewerber/in/das Mitglied der Bietergemeinschaft dort eingetragen ist, oder vergleichbarer Nachweis der Existenz des Unternehmens, jeweils nicht älter als sechs Monate zum Zeitpunkt des Schlusstermins für den Eingang der Teilnahmeanträge. Der eingereichte Nachweis gibt den aktuellen Eintragungsstand wieder (Nachweis durch Kopievorlage).

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Arbeiten

Beschreibung des Eignungskriteriums: 3.1. Nachweis fachlicher Eignung durch Angaben über projektvergleichbare Referenzen Eine Referenz ist hier projektvergleichbar, wenn mit ihr die nachfolgend aufgeführten Mindestanforderungen 1. Generalunternehmerleistung für Abbrucharbeiten, Mauerarbeiten, Betonarbeiten, Putz- und Stuckarbeiten, Fliesenarbeiten, Bodenbelagarbeiten, Maler- und Lackierarbeiten, Tischlerarbeiten, Metallbauarbeiten, Trockenbauarbeiten, Dämmarbeiten, Raumluftechnische Anlagen, Heizanlagen und zentrale Wassererwärmungsanlagen, Gas-, Wasser- und Entwässerungsanlagen, Elektro-, Sicherheits- und Informationstechnische Anlagen von Wohngebäude, Hotel, Wohnheim, Alten- und Pflegeeinrichtung oder Mischnutzung mit vgl. Schwerpunkten entsprechend Honorarzone III oder höher gemäß Anlage 10.2 Objektliste HOAI 2021. Nicht projektvergleichbar sind Gebäude als Industrie-, Verkehrs-, Infrastruktur- oder Bürogebäude. 2. Abnahme der Leistungen nach §12 VOB/B bzw. der Abschluss der Leistungsphase 8 erfolgte im Zeitraum von 2016 bis zum Tag der Versendung der Bekanntmachung dieser Vergabe. 3. Maßnahme umfasst mindestens 100 Wohneinheiten 4. Bruttogeschossfläche (BGF) mind. 10.000 m² Fläche sowie eine oder mehrere nachfolgend aufgeführte zusätzliche Mindestanforderung/-en A) Sanierung und /oder Umbau eines Gebäudes mit mind. 2 zeitlich versetzten Bauabschnitten bei Beibehaltung des Betriebes in anderen Gebäudeteilen B) Sanierung und / oder Umbau mit Baukosten mindestens 7,0 Mio € brutto (KG 200 - 500) C) Sanierung und / oder Umbau mit Schadstoffsanierung erfüllt werden. Die vorgenannten Mindestanforderungen 1.), 2.), 3. und 4.) müssen mit jeder Referenz erfüllt sein, um wertbar zu sein. Die vorgenannten zusätzlichen

Mindestanforderungen A), B) und C) müssen mindestens einmal nachgewiesen werden und können anhand einer oder mehrerer Referenzen erfüllt werden. Referenzen der ausschreibenden Stelle sind ausdrücklich zugelassen.
Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Zertifikate von Qualitätskontrollinstituten

Beschreibung des Eignungskriteriums: 3.2. Eignungsleihe oder Eigenerklärung über die Sachkunde und Qualifikation im Umgang mit Schadstoffen Wir erklären, dass wir für den Fall der Aufforderung zur Angebotsabgabe und späteren Angebotsabgabe die erforderliche Qualifikation und Sachkunde für das Arbeiten in kontaminierten Bereichen verfügen. Darüber hinaus bestätigen wir, dass wir im Besitz der nach den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen und behördlichen Vorgaben erforderlichen Genehmigungen und Zulassungen zur Ausführung dieser Arbeiten sind und diese bei Beauftragung nachweisen können. Der Nachweis der Sachkunde und Qualifikation erfolgt durch die Bestätigung über: Sachkunde - TRGS 519, Anlage 3 - DGUV Regel 101-004 / BGR 128 (Arbeiten in kontaminierten Bereichen) / TRGS 524 Behördliche Genehmigung gemäß Gefahrstoffverordnung (GefStoffV) - § 11a Abs. 3 i. V. m. Anhang I Nr. 3.4 Abs. 1 (Tätigkeiten mit Asbest im hohen Risikobereich) - bzw. GefStoffV a. F., Anhang I Nr. 2.4.2 Abs. 4 (Asbest, schwach gebunden) Anerkanntes emissionsarmes Verfahren gemäß TRGS 519 / DGUV 201-012 (BGI 664) - BT 17, BT 33 oder BT 40 - BT 43, BT 53 oder BT 57

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

Beschreibung: Angebotspreis gem. geprüftem Angebot bewertet, 700 Punkte

Kriterium:

Art: Qualität

Beschreibung: Konzepte, 300 Punkte bestehend aus: Terminkonzept 150 Punkte, Logistikkonzept 50 Punkte, Vorstellung des Projektteams 100 Punkte

5.1.11. Auftragsunterlagen

Zugang zu bestimmten Auftragsunterlagen ist beschränkt

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Informationen über zugangsbeschränkte Dokumente einsehbar unter: <https://www.meinauftrag.rib.de/public/DetailsByPlatformIdAndTenderId/platformId/2/tenderId/207826>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

Name: <https://www.meinauftrag.rib.de>

URL: <https://www.meinauftrag.rib.de>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.meinauftrag.rib.de>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 06/08/2026 11:10:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Siehe § 16a EU VOB/A

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Noch nicht bekannt

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Landes Berlin

Informationen über die Überprüfungsfristen: Erkannte Verstöße gegen Vergabevorschriften sind gegenüber der Vergabestelle binnen 10 Kalendertagen zu rügen, § 160 Abs. 3 Nr. 1 GWB. Bei Verstößen, die aus der Bekanntmachung oder den Vergabeunterlagen erkennbar sind, hat die Rüge gegenüber der Vergabestelle bis spätestens zum Ablauf der Angebots- oder Bewerbungsfrist zu erfolgen (§ 160 Abs. 3 Nr. 2 und 3 GWB). Teilt die Vergabestelle mit, dass der Rüge nicht abgeholfen wird, kann innerhalb von 15 Kalendertagen ein Nachprüfungsantrag bei der oben genannten Vergabekammer schriftlich gestellt werden (§§ 160 Abs. 3 Nr. 4, 161 Abs. 1 GWB). Ein Nachprüfungsantrag ist zudem unzulässig, sofern der Nachprüfungsantrag der Vergabestelle erst nach Zuschlagserteilung zugestellt wird (§ 168 Abs. 2 GWB). Die Zuschlagserteilung ist möglich nach Ablauf von 10 Tagen nach Absendung (per Fax oder elektronisch) der Bekanntgabe der Vergabeentscheidung (§ 134 Abs. 2n GWB).

8. Organisationen

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Gewobag WB Wohnen in Berlin GmbH

Registrierungsnummer: ORG-0002

Abteilung: Zentraler Einkauf

Postanschrift: Alt-Moabit 101 A

Stadt: Berlin

Postleitzahl: 10559

Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Zentraler Einkauf

E-Mail: einkauf@gewobag.de
Telefon: +4930 4708-1562
Fax: +4930 4708-1560
Internetadresse: <https://www.gewobag.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

8.1. ORG-0017

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Berlin
Registrierungsnummer: 11-1300000V00-74
Postanschrift: Martin-Luther-Str. 105
Stadt: Berlin
Postleitzahl: 10825
Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)
Land: Deutschland
Kontaktperson: Vergabekammer des Landes Berlin
E-Mail: vergabekammer@senweb.berlin.de
Telefon: +4930 90138316
Fax: +4930 90137613
Internetadresse: <https://www.berlin.de/sen/wirtschaft/wirtschaft/wirtschaftsrecht/vergabekammer/>

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0018

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)
Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 9bc803eb-e99c-4cf7-9a5d-d8f8ad92e1e1 - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 06/07/2026 18:04:00 (UTC+02:00)
Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 469737-2026
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 129/2026
Datum der Veröffentlichung: 08/07/2026